DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

August 8/93

Schulen für Brandstifter schließen

Der Terror brennender Häuser wächst sich Schritt für Schritt zu einer pogromartigen Lage aus. Kaum ein Tag vergeht ohne zwei oder drei mörderische Brandanschläge, bei denen Menschen fast nur durch Zufall überleben. Erst aufgrund unablässiger öffentlicher Versammlungen und Demonstrationen ordnete die Generalbundesanwaltschaft an, den Anschlag von Mölln als Mord zu verfolgen. Die Einzeltätertheorie wird bis heute mit Abstrichen aufrechterhalten. Der Mordanschlag von Solingen wurde zum Fanal für weitere Anschläge. Nach tagelangen Beteuerungen, ein Mensch alleine habe das Haus in Flammen setzen können (obwohl Anwohner von einem wegfahrenden Auto berichteten), bewirkten die Proteste, daß der Generalbundesanwalt vorsichtig andeutete, ersten Verhörergebnissen entsprechend könne es sich doch um vier Täter handeln. Erstmals war auch die Rede von neofaschistischen Kontakten. Wohlgemerkt, diese Andeutungen erst nach einer Woche anhaltenden Protests. Dazu kam die schlechte Presse im Ausland, die weniger investitionsfreudig stimmte.

Die jüngste Anwort Bonns auf die Mordbrenner lautet, nach der Verschärfung der Abweisung von Flüchtlingen solle nunmehr häufiger und unter weiteren Gründen Untersuchungshaft verhängt werden. (Schubladengesetze wiedergefunden?) Da aber die Kriminalpolizei vordringlichen Ermittlungsbedarf in der Verfolgung der Unruhen nach dem Anschlag von Solingen sieht, bleibt zu befürchten, daß jetzt vorbeugend gegen links vorgegangen werden soll (Bonns Worte über links- und rechtsextreme Gewalt und „Asoziale" könnte gewichtet sein). Schließlich bedurfte es ja auch dauernder Demonstrationen, bis sich urplötzlich neue Erkenntnisse über die Zahl der neofaschistischen Gewalttaten im Computer fand. Zu lange wird schon betont, neofaschistische Gruppen seien nur lose organisiert, es gebe keinen Weg, bei ihnen zu Informationen zu kommen. **Merkwürdigerweise blieb es ausländischen Ermittlern vorbehalten, mit Informationen über Ausbildungsstand, Herkunft der Waffen, ideologische Schulung und organisatorische Zusammenhänge aufzuwarten.** Waffenfunde und Wehrsportübungen haben nur zögerlich zu einer juristischen Verfolgung geführt. Verbote von Ersatzorganisationen erweisen sich als Schaum nach gelöschtem Brand. Ermittlungen konzentrieren sich merkwürdig lange auf die Opfer.

Bisher ist kein echtes politisches Signal auszumachen, das einer von pogromartigen Überfällen bedrohten Minderheit zusicherte, ihrer Sicherheit werde höchste Dringlichkeit eingeräumt. Werden Informationen bewußt zurückgehalten, die ein umfassendes Bild der neofaschistischen Gefahr böten? Gibt es politisch einflußreiche Kräfte, die angesichts zu erwartender sozialer Unruhen für alle Fälle ihren Kettenhunden schon mal die längere Leine lassen? Wir dürfen auf neue Enthüllungen gespannt sein. Hoffentlich erfolgen sie, bevor die BRD „aus tiefer Sorge um die Erhaltung der inneren Ruhe" oder ähnlich im Staatsnotstand ertrinkt.

Raimund

Gesamtdeutsch: Alle Opfer ehren

Die „Neue Wache" unter den Linden in Berlin war zu DDR-Zeiten Gedenkstätte für die Opfer von Faschismus und Krieg.

Nun soll die „Neue Wache" zu einer gesamtdeutschen Ehrenstätte umgebaut werden. Daher will Helmut Kohl die Inschrift „den Opfern von Gewaltherrschaft und Krieg" haben.

Dies ist auf Widerstand gestoßen. Es gibt eine Reihe neuer Vorschläge. Unseres Erachtens ist dieser Vorschlag der beste:

Die Aussage des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 vor dem Bundestag:

„Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten."

Im Auftrage

Willy Hundertmark, Ehrenvorsitzender der VVN-BdA Bremen e.V.

Wir erwarten von der Bundesregierung und vom Bremer Senat ein deutliches politisches Signal, daß Einwander/innen in der Bundesrepublik erwünscht sind.

Dazu gehören:

- **Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft** auf dem Verordnungswege bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes.
- **Die Zusage regelmäßiger nächtlicher Streifengänge in den Stadtteilen mit hohem Einwanderer-Anteil.**
- **Einrichtung eines „Runden Tisches" auf Landesebene** zur Diskussion aller Fragen zur wirksamen rechtlichen Gleichstellung in Theorie und Praxis.
- **Erarbeitung eines Antidiskriminierungs-Gesetzes.**

Flugblatt des Mosaik-Kulturhauses

Kein Anspruch auf Legalität!

1.000 Rechtsextremisten gibt es im Lande Bremen, berichtete Herr Walter Wilhelm, Leiter des Amtes für Verfassungsschutz. Diese 1.000 sind keine Einzeltäter sondern Organisierte. Organisiert in der D.V.U., den Republikanern usw. Wie sollen die nun behandelt werden? Sollen sie verboten, oder mit Spitzeln durchsetzt, oder durch Sammeln von Flug- oder anderen -blättern observiert werden? Zu diesen Fragen äußerten sich auch Dr. Helmut Kauther, Staatsrat beim Senator von Nispen und Peter Kudella für den Parlamentarischen Kontrollrat. (W.K. vom 9. 7. 1993).

Dazu ist doch m. E. zuerst zu fragen, was ist Recht in unserem Rechtsstaat. Nach diesem Recht haben alle Rechtsextremisten und nazistische Organisationen keinen Anspruch auf Legalität.

Nehmen wir zuerst das Grundgesetz (G. G.), da ist der Artikel 1, die Würde des Menschen ist unantastbar, der im Abs. 3 bestimmt: „Die nachfolgenden Grundsätze binden Gesetzgebung, Exekutive und Rechtssprechung unmittelbar als geltendes Recht".

Das bedeutet, die Artikel des G.G. allein genügen schon, die Tätigkeit der D.V.U., der Republikaner, sowie aller im „Nationalen Rat" des Herrn Frey zusammengeschlossenen Organisationen zu unterbinden. Dazu wird kein Verbot benötigt.

Zwingendes Recht ist der Artikel 18 des G. G., nach dem der, der die Meinungsfreiheit – insbesondere die Presse-, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit mißbraucht und die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreift und vor allem Haß gegen die Mitbürger anderer Herkunft, Rasse und Farbe verunglimpft und mit Haß begegnet, gegen die Grundrechte verstößt und kein Anrecht auf Legalität hat. Nicht zu vergessen ist der Artikel 139, mit dem die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus festgeschrieben ist.

Mit diesem Artikel wurden alle diesbezüglichen Verordnungen der Alliierten als Grundrecht im G.G. festgeschrieben. Zu beachten ist, daß das G.G. von den 3 Westmächten abgesegnet ist, also Artikel 139 internationales Recht ist. (Zur Erinnerung: Im Westteil Berlins konnte keine Neonazi-Partei zur Wahl kandidieren.) Noch ein Hinweis: Die UNO hat von 1946 bis zum Beschluß vom 2.3.1987 immer zum Handeln aufgefordert: „Gegen nazistische, faschistische und neofaschistische Bestrebungen und alle anderen Formen totalitärer Ideologien und Praktiken, die sich auf rassische Intoleranz, Rassenhaß und Terror gründen, Maßnahmen zu ergreifen".

Die Entschließung erinnert daran, daß die UNO aus dem Kampf gegen Nazismus, Faschismus, Aggression und Besetzungen fremder Länder entstanden ist.

Die Willy Brandt-Regierung hatte schon am 31. Juli 1970 zur Resolution 2545 der UNO erklärt, die Artikel des G.G. wären keine Proklamationen, sondern zwingendes Recht. Daraus schlußfolgerte sie, in der BRD gäbe es keinen Nazismus, Faschismus, Neonazismus mehr. Weiter, auch das Europäische Parlament befaßte sich mehrfach mit der Befreiung von Nazismus in Europa.

Das ist die Lage:

1.000 Rechtsradikale allein in Bremen und Verantwortliche fragen: soll gespitzelt, gesammelt oder verboten werden. Auch nebenan, in Niedersachsen wird nachgefragt, wie wird mit Skinheads umgegangen? Und die UNO erinnert sich seit 1989/90 nicht mehr oft daran, warum sie einmal gegründet wurde.

Was ist zu tun? Wir Antifaschisten sollten endlich auf unser gemeinsames Ziel auch gemeinsam hinarbeiten. Wir Antifaschisten sind objektiv die Bewahrer der antifaschistischen Grundsätze und Rechte. Sie sind offen zu verteidigen, das heißt, sie anzuwenden. Der Antifaschismus muß in den Köpfen der Mehrheit Einzug halten.

W. H.

Die Regierung Italiens handelte und verhaftete den berüchtigsten Neofaschisten Franco Freda. Freda gibt seit Jahrzehnten Materialien heraus, die den Faschismus verherrlichen und damit die Ideologie der Diktatur, des Rassen- und Völkerhasses verherrlichen.

Der Verfassungsschutz weiß, daß in Deutschland 130 Zeitungen und Zeitschriften mit rechtsextremistischem Inhalt erscheinen. Die Auflagen erreichen mehr als 9 Millionen. Alle Verleger sind bekannt.

Von Somalia nach Bosnien?

Ab 20. Juli 1993 prüfen 6 USA-Experten, ob es nicht besser sei, die gesamte Aktion in Somalia abzubrechen. Gleichzeitig haben 26 Senatoren der USA Mister Clinten aufgefordert, die Serben um Sarajewo wegzubomben. Und das alles im Namen der UNO.

Bischofferoda ruft

Es gehe längst nicht mehr nur um die Erhaltung der Arbeitsplätze in Bischofferoda, sondern um die in der ganzen deutschen Industrie und Landwirtschaft. Darum riefen die Thüringer Kumpel zum Hungerstreik im geeinten Deutschland.

Gleichzeitig hat die DGB-Spitze die Erhaltung des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer in Europa angemahnt. Dagegen ließ der Verband der deutschen Industrie verkünden: Die Arbeitszeit müsse verlängert und die Arbeitslosen zur Pflichtarbeit ohne Tariflohn, wie bereits vor 1933 praktiziert, heran gezogen werden.

Z.B. Bad Kleinen

54 GSG-9-Männer in Zivil sollten Frau Hogefeld und Herrn Grams festnehmen. Obwohl ein Spitzel die 2 mutmaßlichen RAF-Mitglieder der GSG 9 auslieferte, sind die Vorgänge 4 Wochen danach noch nicht geklärt. Zu der Demo in Wiesbaden war auch die VVN-BdA e.V. eingeladen. In ihrem Namen sprach Emil Carlebach.

Hier ein Zitat aus seiner Rede:

„Wenn Wolfgang Grams nach Bad Kleinen gekommen wäre, in jeder Hand eine Brandflasche, um Frauen und Kinder lebendig zu verbrennen, man hätte nicht fünfzig Bewaffnete mit Hubschraubern gegen ihn eingesetzt. Man hätte ihn auch nicht erschossen."

1.700 Verfahren wegen Regierungskriminalität in der DDR hat eine Experten-Gruppe der Bonner Justiz ermittelt. Es wurde nicht mitgeteilt, wann die 3.948 Nazigrößen, darunter 669 Blutrichter des Naziregimes verurteilt werden.

Gedanken zum heißen Herbst!

478,4 Milliarden (Mrd) beträgt der Voranschlag des Bundeshaushaltes für 1994. Damit die Kasse stimmt, sind gleich 4,5% Preiserhöhung, sprich Inflationsrate und 3% Abbau der Sozialleistungen mit eingerechnet. Das ist z.B. dem Grafen Lambsdorff nicht genug, da der größte Posten im Haushalt (?) das Soziale wäre.

Außerdem melden sich die Unternehmerverbände gleich reihenweise:

Karenztage, Urlaubstage, Weihnachts- und Schlechtwettergeld sollen abgebaut oder ganz gestrichen werden; damit soll die Wirtschaftskrise behoben werden.

Da haben wir die vielgepriesene „Soziale Marktwirtschaft", die ganz gewöhnlicher Kapitalismus ist. Solange er existiert, produziert er Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit. solange er existiert, kennt er nur eine Lösung: Statt seine gehorteten Gewinne einzusetzen, greift er in die Taschen der von der Arbeit Abhängigen und sozial Schwächsten.

Das klassische Beispiel wurde in der Republik Weimar geliefert:

Als Mitte 1929 die Weltwirtschaftskrise begann, legte im Juni 1930 die Regierung Brüning dem Reichstag einen Plan zum Abbau von Sozialleistungen, Gehältern und Löhnen vor. Der Reichstag lehnte ab. Daraufhin löste der Reichspräsident Von Hindenburg den Reichstag auf und erteilte Brüning die Vollmacht, gemäß Artikel 48 der Verfassung per Notverordnung zu regieren. Umgehend erließ Brüning die erste Notverordnung und griff gleich noch tiefer in die Taschen der Arbeitslosen, Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Folge war: die Krise wuchs. Auch weitere Notverordnungen, auch die vom Herrenreiter Papen, verschärften nur die Krise.

Daß die Senkung der Massenkaufkraft zur Senkung von Umsatz und Produktion führt, werden die Herren von Industrie und Banken wohl nie begreifen. Eine Lehre soll nicht vergessen werden:

Die Politik der Notverordnung oder richtiger, der Diktatur, ließ den Rechtsextremismus hochschnellen. Allein die Nazipartei erzielte 1928 nur 12, im September 1930 gleich 106 und im August 1932 sogar 230 Mandate. Gleichzeitig verlor der A.D.G.B. 6 Millionen Mitglieder. Aber als im November 1932 die Nazipartei 2 Millionen Stimmen verlor, sahen die Herren von Finanz und Industrie ihre Millionen fortschwimmen, die sie in diese Partei investiert hatten und forderten Hindenburg auf – der Brief existiert noch – den Führer und damit die größte Terror-Organisation an die Macht zu heben.

Das Ergebnis kennen nicht nur wir. Heute, 1993 hat Frau Monika Mathies aufgerufen, gegen die Arbeitszeitverlängerung für Beamte im Herbst anzutreten. Die IG Bau, Steine, Erden hat einen heißen Herbst gegen den Raub des Schlechtwettergeldes angekündigt. Die IG Metall hat energischen Widerstand gegen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen gefordert und gleichzeitig Lehren aus dem Kampf der Metaller in den Ländern der ehemaligen DDR gezogen. Gegenwärtig kämpft die HBV für die Festschreibung der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall in den Tarifen. Hier wäre notwendig, Solidarität zu zeigen.

Im Oktober wollen die Arbeitslosen eine Aktion starten. Alle für den Herbst angekündigten Aktionen werden Erfolge verzeichnen, wenn sie gebündelt und solidarisch geführt werden.

Wenn der Weg in den Abbau der Demokratie, des sozialen Besitzstandes verhindert werden soll, dann sollten die Abgeordneten im Bundestag und anderen Parlamenten gegen die Pläne der Regierung von Helmut Kohl und der Industrieverbände diese Pläne ablehnen und die Wähler/Innen mobilisieren, zu Hilfe rufen.

Und wir müssen die Abgeordneten auffordern, nicht mehr erst abzulehnen und dann doch zuzustimmen, weil noch Schlimmeres angeblich verhütet würde.

W. H.
Vorsitzender der Gruppe Senioren der HBV

Anmerkung der Redaktion:
Wir haben im BAF mehrfach auf die Machenschaften der Treuhand hingewiesen. Nun häufen sich in der letzten Zeit Meldungen, die die „Untreue" der Treuhand melden. Die Politik der Vernichtung der Arbeitsplätze ist nichts anderes als die Umsetzung des Planes, den ehemals ein gewisser Oberländer für den Krieg Hitlers ausgearbeitet hat. Bundeskanzler Adenauer holte ihn 1953 als Minister in sein Kabinett, weil er die Zeit für gekommen hielt, von der Befreiung des Ostens, statt von der Wiedervereinigung zu reden.

Arroganz

Die vom Kulturbeirat schon befürworteten Mittel für den Club Jugoslawija sind auf Anordnung der Behördenleitung auf Eis gelegt worden, bis der vor 17 Jahren gegründete Verein seinen Namen ändert. Herbe Worte im Kulturbeirat, denn es ist den KollegInnen, die sich als Freunde betrachten, viele Sportpokale gemeinsam errungen haben, nicht zuzumuten, sich plötzlich als Serben, Kroaten, Bosnier oder Makedonier gegeneinander zu stellen. „Wir wollen zusammenbleiben", erklärten Vereinsmitglieder immer wieder. Sie fühlen sich als EinwanderInnen, wenn sie auch von den schrecklichen Nachrichten ihrer Verwandten nicht unberührt bleiben. Offensichtlich ist Staatsrat Schwandtner bestrebt, die Ethnifizierung voranzutreiben.

Das schlägt sich auch im Kulturkonzept nieder. Breitenmittel für Theater-, Musik-, Tanz-, Literatur-, Videoprojekte und Kunstausstellungen werden als Basismittel gewährt, knapp genug bemessen, aber sinnvoll, damit Vereine auch arbeiten können. Schwierig aber wird es regelmäßig dann, wenn sich ehergeizigere Pläne anbahnen. Für die Darstellung von Hochkultur sind nämlich die Kriterien anzulegen, denen sich alle Künstler unterwerfen müssen. Eine Jury entscheidet über die Förderungswürdigkeit. Wie aber dahinkommen, von der offiziellen Kultur akzeptiert zu werden? Eine Quotenregelung auf diesem Sektor wäre diskriminierend, lautet die offizielle Meinung. Also immer schön ducken?

Richard Keßler



Die Quelle Mai 1993

In der Höhle des Löwen

oder besser im Original „Im Maul des Wolfes" lautete der Titel einer zweitägigen Veranstaltung der Universität mit dem Institut Français. Zwei Zwangsarbeiter schilderten ihre Eindrücke und Erfahrungen aus Bremen. Ein gewagter Versuch, dessen Spannung förmlich zu spüren war. Für Helga Boris-Sawala ein Versuch, ein vielschichtiges Bild des Bremen 1943 – 45 vorzuführen. Der Kontrast lag in der Luft, als Yves Bertho eine Schilderung Schwachhausens gab, vom zugemauerten Roland erzählte und von seiner vergleichsweise privilegierten Lage. Er war zwar Zwangsarbeiter, sah seine Lage aber eher als Abenteuerurlaub, schilderte seine Bewußtwerdung in der Arbeit, konnte zunächst in einem Hotel übernachten, wurde vom Arbeitsamt vermittelt, schilderte seine Kinobesuche, seine Begegnung mit einer Deutschen (das hat er in einem Roman verarbeitet), sein Erlebnis mit Schwarzmarktgeschäften, seine Erfahrungen mit einem , aber doch wohlwollenden Meister, der auch Nazi war. Bestürzt zunächst die individualistische Sicht seiner Situation, so wirkt es unnatürlich und verklärt, wenn er von der Lage in den Focke-Wulf-Werken spricht. Die Unterschiede in der Behandlung der Zwangsarbeiter scheint er als Lokalkolorit zu empfinden. Vollends auf Empörung stieß dann aber, daß er die Landung der Alliierten 1944 mit dem Begriff Invasion beschrieb, statt wie im französischen nachvollziehbar mit Landung.

Im völligen Kontrast dazu der Leidensweg André Migdals, der 1941 wegen kommunistischer Widerstandstätigkeit verhaftet und 1944 zum Bunkerbau in Farge begnadigt wurde. Nur knapp ist er dem Todesurteil entgangen und der Jagd auf jüdische Franzosen. Er schildert das Grauen der Ölbunker und den Todesmarsch aus Farge, die verschärfte Überwachung durch SS, die täglichen Durchsuchungen, die Appelle. Er drückt es in Gedichten aus. Darauf gekommen ist er, als sein Sohn ihn nach einem Fernsehfilm über die Deportationen, den er heimlich im Wohnzimmer mit angesehen hat, fragt: „Hast Du das auch alles durchgemacht?" Da brach es aus ihm heraus, er mußte es nicht mehr verstecken, seine Nächte mit den Qualen des Wiedererlebens nicht länger verborgen halten. „Wie soll ich die schreckliche Wahrheit enthüllen, wo die Vorstellungskraft versagt?" fragt er. „Und jedesmal fiel in dieses große gähnende Loch das Bruchstück eines Freundes, eines Bruders, eines Kameraden," schreibt er über den Bunker. Die Zahl der von der Arbeit ins Lager Zurückkehrenden mußte stimmen, so schleppte man jeden lebend oder tot mit. „Zur Ruhe gekommen – fast glücklich auf seiner Engelswolke starb er – befreit. Denn niemand wird ihn mehr tragen müssen." Aber auch „diesem Abschlachten ausgeliefert", „wo beton gegossen wird", in dieser „höllischen Kathedrale" gab es Hoffnung, nämlich auf dem Wege einen Apfelbaum mit einem Apfel, den er nie greifen konnte, aber „der meine Lust weckte und der mein Leben herausforderte". Es sind packende Gedichte, die das Ausmaß des Grauens nicht zu beschönigen versuchen, aber sich nicht zufrieden geben mit der Situation. Die Lage ist nicht zum Verzweifeln, ein Weg kann gesucht und gefunden werden.

Gae

Nichts Neues vom Gipfel

Auch der 19. Gipfel der „G 7" in Tokio proklamierte nur Absichtserklärungen. Die beste davon war die zu Bosnien. Sie hat bewirkt, daß der Präsident Bosniens erkannte, es ist besser, ich verhandle doch lieber mit den Präsidenten von Serbien und Kroatien.*

Die Probleme, Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit hat man einfach auf den 20. Gipfel seit 1975 verschoben. Empfohlen wurde den Regierungen, in ihren Ländern wie in Deutschland den sozialen Kahlschlag durchzuführen. Dies veranlaßte Bundeskanzler Helmut Kohl, von großen Erfolgen des Gipfels zu schwärmen. Dies wiederum veranlaßte die Börsen, die Aktien hochschnellen zu lassen, oder waren es die auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen für den Einsatz der Bundeswehr in Somalia?

N. N. aus Tokio

* Im BAF Juni/Juli 1993 hatten wir festgestellt, die Einrichtung von Schutzzonen wäre eine richtige Maßnahme, nachdem die Serben aus Bosnien die Aufteilung in 10 Zonen abgelehnt hatten. Diese Situation war für 10 Mitglieder des Präsidiums von Bosnien mit den Präsidenten von Kroatien und Serbien zu verhandeln.

Als Ergebnis dieses Schrittes war der Vorschlag, 3 autonome Gebiete einzurichten. Egal, wie Deutsche Medien nun jammern, Bosniens Präsident will nun auch verhandeln, nach Tokio.

W. H.

N. B.

Inzwischen haben die Bosnier vorgeschlagen, einen dreiteiligen Bundesstaat zu gründen. Vielleicht folgen noch andere Vorschläge, Hauptsache ist, die ehemaligen Jugoslawen verhandeln miteinander.

Erfahrungen weitergeben

Anläßlich eines Pfingstwochenendes in Neubrandenburg hatte ich Gelegenheit, die Umsetzung unserer gemeinsamen Schritte zu erfahren. Die Überlegungen, IVVdN und BdA zu einer gemeinsamen Organisation (wenn möglich auch gemeinsam mit VVN-BdA zu einer großen) zu vereinigen, gehen mit langen Schritten voran. Es gibt viele Einzelkontakte mit antifaschistisch gesinnten Jugendlichen, die sich nicht oder nicht bei uns organisieren wollen. Bei Gedenkveranstaltungen sind sie oft mit eigenen Ideen dabei, eigenes zu machen. In Einzelfällen ließ sich eine Straßen- oder Schulumbenennung verhindern, wenn Eltern/Anwohner aktiv wurden und sich auf die Hinterbeine stellten (Friedrich-Engels-Oberschule). Es gibt breitere Bündnismöglichkeiten mit langfristiger Auswirkung, wie sich besonders im kirchlichen Bereich zeigt. Oft genug wird nicht darauf geachtet, kleinere Veranstaltungen mal draußen in den Ortsgruppen oder über Land zu veranstalten, selbst wenn es für Redner oder Gäste etwas umständlicher sein mag. Wie sonst aber sollen kräftige Gruppen übers Land verteilt entstehen und sich festigen?

Vielleicht ein paar Fakten zur Entwicklung des Lebens in Neufünfland: Die industriellen Leistungen gingen im Vergleich zu 1989 auf weniger als ein Drittel zurück. Ihr Anteil an der industriellen Fertigung sank von 20% auf 6%. Die Produktivität erreichte gerade mal 36% der landesüblichen. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ging von 11 – 12% auf 7% zurück, das Sozialprodukt hat sich gegenüber DDR-Zeiten halbiert, fast ebenso die Zahl der Erwerbstätigen. Die reale Arbeitslosenrate beträgt mehr als 30%, in manchen Regionen über 50%. Ostfirmen werden bei der öffentlichen Auftragsvergabe benachteiligt, z. B. auch durch Zwangseinstellung eigener Warenzeichen bei Konkurrenz. Statt Sanierung müssen Kleinbetriebe schließen, mehr als 50% von Gewerbeanmeldungen betreffen den Handels- und Gaststättenbereich (die Hälfte gibt nach kurzer Zeit wegen Konkurrenz westdeutscher Ladenketten wieder auf), nur 5 – 6% den industriell produzierenden Bereich. Ostexporte sind nahezu zusammengebrochen, bei einer Arbeitsplatzabhängigkeit von nahezu 50%. (Zahlen nach PDS/LL, Verletzungen und Aushöhlung des Einigungsvertrages, Oktober 1992)

Wilhelm Henkel

Achtung – Verlassen Sie den demokratischen Sektor…!

Ferid Melih sah auf das Glitzern des Flusses. Er hielt sich im Schatten der Äste. „Warte, bis der Mond hinter den Wolken verschwindet," hatte der Mann gesagt, als er ihn bis zur Wegbiegung brachte. Ferid war froh, sich nicht mehr unter dem stinkenden Gerümpel verbergen zu müssen. „Jetzt." Vorsichtig watete er in die Kälte des Wassers, das ihm rasch bis zum Kinn stieg. Zum Glück hatte er Schwimmen gelernt. Das war, bevor die Polizisten kamen, ihn einfach mitnahmen und verprügelten. Warum, das hatten sie ihm nicht gesagt. Vielleicht wegen seines Namens? Solche Namen waren auf dem Balkan nicht erwünscht. Vielleicht hätte er dem Ortsvorsteher doch das Geld geben sollen. Die Kälte des Wassers kroch ihm langsam in die Glieder. Noch ein paar Meter. Na er würde sich sicher durchschlagen. Arbeiten konnte er. Was sollte er denn machen, wenn die Miliz ihn immer mitnahm? Taumelnd kroch er auf die Uferbank. Erschöpft atmete er ein. Vor sich sah er Ringe, bunte, grelle Ringe. Es war nicht die Erschöpfung. Sie mußten ihn bemerkt haben. Er rang nach Luft, fühlte sich zu Boden genagelt. Schwere klobige Stiefel, undeutlich konnte er die dunklen, schwarzen Schatten erkennen. Er wurde hochgehoben und auf ein Lattenrost geworfen. „Wie zu Hause," fuhr es ihm durch den Kopf.

Auf der Wache suchte er seine wenigen Worte Deutsch zusammen: „Asyl, Advokat, Politisch". „Paß her, Du Dreckskerl!" Er verstand nichts, das Gebrüll flößte ihm Furcht ein. Er fühlte sich gegen die Wand gestoßen, ein, zwei Tritte gegen die Knöchel. Sie räumten alles aus. „Aha, Paß mit kyrillischen Buchstaben, geht gleich zurück, ab." Ferid ahnte nicht, daß er in die Infrarotfalle gelaufen, daß die mobile Einwohnerwehr keine reguläre Polizeieinheit war, daß sein Delikt das Besteigen eines vermeintlich vollen Bootes war. Er hatte keine Chance, einen Antrag einzureichen. Ferid wäre sowieso als unbegründeter Asylfall abgelehnt worden. Nur eines wußte er, da im klappernden Lastwagen in Richtung Polen, das nächstemal würde er sich nicht erwischen lassen.

Richy

Wie lange noch?

Der bestialische Mord von Solingen erschüttert das Land. Wer geglaubt hat, nach Mölln könnten sich faschistische Anschläge nicht wiederholen, sah sich getäuscht.

Am Tage nach dem endgültigen Abschied vom Asylrecht des Grundgesetzes verbrannten fünf Frauen und Mädchen türkischer Herkunft. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit verkündete Generalbundesanwalt von Stahl die Verhaftung eines Einzeltäters. Die faschistischen Mörder sehen sich gerechtfertigt durch Worte führender PolitikerInnen während der Asyldebatte. Alfred Dregger (CDU) warnt vor einer „Überfremdung" der BRD durch zu hohe „Ausländerzahlen". Jürgen Rüttgers (CDU) nennt den Artikel 16a „Beitrag zum inneren Frieden". Helmut Kohl sprach im Herbst 1992 vom „Staatsnotstand" durch wachsende Flüchtlingszahlen.

Und seit Jahresbeginn gibt es wieder hinlänglich bekannte Sprachregelung in der Presse. Hier oben sind es die BürgerInnen, dort unten die „AusländerInnen". Diskriminierende Worte und verkürzte Schuldzuweisungen werden zum Öl in den Brandflaschen.

Wehrsportübungen, Waffenbeschaffung durch Überfälle auf Bundeswehrdepots und öffentliche Aufmärsche unter Nazisymbolen werden verharmlost; laut Umfragen nach Mölln haben 16 % der bundesdeutschen Bevölkerung nichts dagegen, Minderheiten aus dem Land zu vertreiben. Es begann mit Steinwürfen, es folgten Brandanschläge auf Geschäfte und endete bislang bei 33 Toten nach offizieller Zählung.

Als Schutz vor weiteren Anschlägen sind folgende Maßnahmen unmittelbar durchzusetzen:

- Anerkennung der BRD als Einwanderungsland
- Einbürgerung der MigrantInnen bei doppelter Staatsbürgerschaft (ohne Zeitbindung)
- Aufhebung des Ausländergesetzes
- Anti-Diskriminierungsgesetz
- Anerkennung der kulturellen Rechte für eingewanderte Minderheiten

Es reicht! 33 Mordopfer der Neofaschisten seit 1991 sind 33 Tote zu viel.

Unveröffentlichte Leserbriefe

Mit dem häufigen Hinweis, es handele sich um junge Türken, scheint mir eine ganze Gruppe der Bevölkerung beschuldigt zu werden. Bei den Ereignissen Sonnabendnacht hat es sich doch wohl gezielt um eine Aktion der „Grauen Wölfe" (Türk ocagi) gehandelt. Wenn Sie auch die beschwichtigenden Worte von Herrn Konsul Grabbe wiedergaben (WK 5.6.), es seien „nicht Graue Wölfe, die den Frieden bedrohen, sondern Bremer Intellektuelle", so ist doch die pauschale Qualifizierung „die Türken" geeignet, dem Leser zu vermitteln, Türken eigneten sich nicht fürs Wahlrecht. Sieht man jedoch Stellungnahmen verschiedenster türkischer Organisationen, so wird klar, daß das Wahlrecht und die völlige Aufenthalts-, Arbeits- und Reisefreiheit unumgänglich ist für Menschen, die hier seit Jahren leben, oft hier geboren und/oder aufgewachsen sind, hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Es sind eben keine „Ausländer", sondern eine Minderheit in diesem Lande. Ich finde es nicht besonders hilfreich, im Stil von Sensationshascherei immer wieder das Wort Türke in Verbindung zu Chaos, Krawall, Wut, gewalttätig, Konfrontation, militant, brüllen zu bringen. Vielleicht schadet es dem WK nicht, wenn Polizeiberichte zum Anlaß für eigene gründliche Recherchen genommen werden. Völlig unverständlich bleibt mir, warum Sie fortlaufend von „den fünf Türkinnen" von Solingen schreiben, statt die Namen der Opfer immer wieder zu erwähnen. Ist die Distanz wirklich so wichtig? Oder soll damit ausgedrückt werden, daß diese Opfer nicht jede/r von uns hätte sein können? Helfen Sie, Feindbilder abzubauen, beenden Sie diese Art von diskriminierender Berichterstattung. ■

»Das große
Carthago führte
drei Kriege.
Es war noch
mächtig nach
dem ersten,
noch bewohnbar
nach dem
zweiten.
Es war nicht
mehr auffindbar
nach dem
dritten.«

Bertolt Brecht

Unveröffentlichte Leserbriefe

In der Zionsgemeinde und deutlicher noch in der Ausgabe des „Parlaments" vom 12.2.1993 stellt Horst Afheldt klar, worin er Schwierigkeiten in Zusammenleben und Integration sieht. Meines Erachtens übersieht er in seinen Berechnungen einen Generationssprung. Die These, wirtschaftlich/soziale Aufstiegschancen für Angelernte würden durch die Zuwanderung zerstört, begründet er mit beabsichtigten Entlassungen z. B. in der Automobilindustrie. Realität ist nun aber, daß der Aufstieg deutscher Arbeiter in Angestelltenbereiche Anfang der 60er Jahre mit der Anwerbung sogenannter Gastarbeiter erst möglich wurde. Da sie jung, kerngesund, vorqualifiziert (wenn auch nicht für die geforderten Arbeiten) und hochmotiviert waren, wurde die Infrastruktur erheblich entlastet. Die Vermeidung der Bereitstellung ausreichender Infrastruktur (Unterbringung in Wohnbaracken, Verzicht auf sprachliche Qualifizierung) kennzeichnet die Lage der 1. Generation. Zwischen damals und heute liegt eine volle Generation! Erst nach dem Anwerbestop stellten sich die Probleme viel schärfer. Den Arbeitern der 1. Generation aber indirekt vorzuwerfen, älter geworden zu sein oder trotz der Arbeitsbelastungen sich nicht gesundheitlich geschont zu haben, ist reiner Zynismus. Wie anders ist Afheldts Aussage zu deuten, sie zahlten sicher mehr ein, als sie an Renten entnähmen, problematisch sei aber, daß sie ja spätere Rentenansprüche erwürben? Im Grunde macht er die 1. Generation zum Sündenbock für sozialpolitische Versäumnisse in Zeiten der Hochkonjunktur. Es riecht sehr stark nach Kosten-Nutzen-Rechnung der NS-Schulbücher.

Raimund Gaebelein

Geburtstage im August

Wilhelm Lenth	2. Aug., 89 Jahre
Fredeke Drewes	5. Aug., 55 Jahre
Willi Seipel	17. Aug., 81 Jahre
Hans-Ludwig Meier	26. Aug., 79 Jahre
Ernst Fenner	26. Aug., 79 Jahre

Herzlichen Glückwunsch
allen Kameradinnen und Kameraden
Der Landesvorstand

Die Kasse meldet sich

Nun liebe Kameradinnen und Kameraden, das erste Halbjahr ist um. Denkt bitte an Eure Beitragszahlung.

Der Kassierer

In den Monaten Juni/Juli

erreichten uns wieder Spenden von unseren Leserinnen und Lesern. Wir möchten hiermit unseren herzlichen Dank übermitteln.

Wir sind ehrlich genug zu bekennen: unser Bremer Antifaschist müßte sein Erscheinen einstellen, wenn es nicht immer wieder Freunde gäbe.

Der Landesvorstand

Aufruf zur deutsch-arabischen Verständigung

Der Golfkrieg, der jahrzehntelange Kampf des palästinensischen Volkes um das Selbstbestimmungsrecht, die Bombardierung von Tripolis und Benghazi sowie die fortgesetzten Drohungen gegen die arabischen Völker und der zunehmende Fremdenhaß im eigenen Land verpflichten uns, einen Beitrag zur Friedenspolitik und interkulturellen Verständigung zwischen Europa und der arabischen Welt zu leisten.

DIE GRÜNEN, Internationalismus AG Göttingen

Termine, Termine…

Freitag, 6. August von 16–18 Uhr
Hiroshima Mahnwache auf dem Marktplatz: Bunte Blumen mitbringen!

27. August, 20 Uhr
Angestelltenkammer: „Roter Pfeffer"

Montag, 30. August, 20 Uhr
Streitgespräch: „Wozu brauchen wir im geeinten Europa die Bundeswehr" mit BR Gerhard Kupfer, Admiral a. D. Elmar Schmähling, Lisa Kauffeld.

Mittwoch, 1. September um 13.30 Uhr
Antikriegstag am Bundeswehr Hochhaus Kundgebung: „Bundeswehr in alle Welt? Nein!"

1. September um 20.00 Uhr
Streitgespräch mit Parteivertreter im DGB-Haus: Bundeswehr außerhalb der Nato zum Einsatz?

Samstag, 4. September im DGB-Haus
Podiumsdiskussion

Sonntag, 12. September
Internationaler Gedenktag um 11.00 Uhr der Gedenkanlage auf dem Osterholzer Friedhof

Montag, den 13. September
im DGB-Jugendzentrum „Westend": Film mit Aussprache. 50 Jahre danach. Nationalkomitee Freies Deutschland: „Reise durch Rußland."

Ein Eigenbericht von der Gedenkfeier für General von Seidlitz-Butzbach erfolgt in der nächsten Ausgabe. Die vollständige Rede von Prof. Dr. Stefan Doernberg ist ab sofort in unserem Büro erhältlich. Preis 2,– DM.

Mahnwache zur Eröffnung der Landtagssitzung

Jeden 2. oder 3. Mittwoch im Monat 16.00–18.00 Uhr vor der Bürgerschaft

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 16.00–18.00 Uhr
Mittwochs von 16.00–18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00–18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00–18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00–21.00 Uhr der Landesvorstand.
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Sozialer Beratungsdienst
Donnerstags nach Vereinbarung im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26. In allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, auch Hilfe bei Behördengängen.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e. V.
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14
Fax: 04 21/38 29 18

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 1031913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Monats.

Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark